



2. Lesung Haushaltsplanentwurf 2013

01. Februar 2013

Textpassagen, die grau hinterlegt sind, werden nicht mündlich vorgetragen, sie werden schriftlich zu Protokoll gegeben!

Anrede,

es ist richtig: der neue, erste doppische Hauhaltsplan hat 370 g abgespeckt, er ist aber auch, wenn ich den Aussagen meiner KollegeInnen aus den anderen Fraktionen trauen darf (und das tue ich eigentlich immer) deswegen noch lange keine leichte Kost geworden. Für die Verwaltungsfachleute mag er gegenüber früher zwar eine Vereinfachung darstellen, aber Kreisräte sind da, auch wenn sie den fortschrittlichsten Parteien angehören, doch ein bisschen altmodisch.

Nun denn, steigen wir also ein in die neue Zeit, wie Herr Landrat Wolff zu scherzen beliebte. Es ist höchst wohltuend, dass, wie auch der LR feststellt, der Entwurf "aktuell eine gute und erfreuliche Entwicklung unserer Kreisfinanzen darstellt." Das war nach allen wirtschaftlichen Prognosen nicht unbedingt zu erwarten. Nach der Änderungsliste, die der Herr KK zwischenzeitlich vorlegte, gestaltet sich die Haushaltslage sogar noch positiver, nicht zuletzt auf Grund der Veränderungen die das Land zu Gunsten der Kommunen herbeiführte und der letztlichen Entwicklung des Haushaltsjahres 2012.

Stellt sich natürlich die Frage, ob dann nicht die Kreisumlage, die jetzt ja schon um nicht unerhebliche 1,6 Punkte gesenkt werden soll, nicht noch niedriger ausfallen könnte. Da man aus dem oberen Filstal, und auch aus dem Lautertal dafür derzeit höchstens einen Faschingsorden zu erwarten hätte, wir andererseits den Worten des Stadtkämmerers aus Geislingen entnehmen konnten, dass es Geislingen finanziell gut geht, glauben wir, dass wir mit dem Hebesatz von 38,30 Punkten eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung gefunden haben. Andererseits stellt sich die Frage, ob wir nicht mit einer meinetwegen nur um 1%-Punkt reduzierten Kreisumlage noch mehr in Richtung Netto-Null-Neuverschuldung hätten gehen können. Wir möchten uns vorbehalten, unsere endgültige Position erst zur 3. Lesung zu formulieren. Wir stimmen Ihnen, Herr LR in der Beurteilung der Finanzierung der "Investitionen in die Zukunft" ausdrücklich zu. Ganz wesentlich wird sich die Frage der Chancen für Investitionen an der Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Landkreis Göppingen orientieren. Deshalb stehen auch die Kreiswirtschaftsförderung und damit die Tourismusförderung weiterhin ganz oben auf der Agenda. In diesem Zusammenhang möchte ich aber doch den Verlauf der vergangenen Verwaltungsausschusssitzung erwähnen. Es wird für die Landkreisverwaltung, aber auch für die gesamte Wirtschaft, den Handel und das Gewerbe im Kreis eine existenzielle Frage sein, hoch qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen und vor allem zu erhalten. Warum dann CDU-Fraktion und in ihrem Sog auch die Freien Wähler beim TOP <Modellprojekt "familienbewusst und demografieorientiert" – Zielvereinbarung> eine Vertagung beantragen, weil angeblich keine Zeit für Beratung geblieben sei, bleibt uns unerfindlich. Oder sollte vielleicht doch die alte konservative Familiendoktrin "Kirche – Küche – Kinder" wieder zum Vorschein gekommen sein? Dabei halten wir es auch für schmachlich, wie bei diesem Punkt nicht nur mit der Arbeit der externen Beraterinnen, sondern insbesondere mit dem großen Engagement der MitarbeiterInnen aus dem Hauptamt umgegangen wurde.

Die Zukunft der Beruflichen Schulen des Landkreises soll an einem Runden Tisch im Dialog aller Beteiligten weiterentwickelt werden. Als Landkreis mit traditionsreicher Industrie und bodenständigem Handwerk brauchen wir deshalb eine Strategie, wie wir als Standort von beruflichen Schulen an Gewicht noch dazu gewinnen und ein Anziehungspunkt weit über unseren Landkreis hinaus werden. Der demografische Wandel wird auch die beruflichen Schulen erfassen und es drohen Schülerrückgänge. Die Spezialisierung der Berufsbilder in Handwerk, Industrie, Handel und Dienstleistungen bleibt bestehen, allenfalls mit gemeinsamer Basisausbildung für unterschiedliche Berufsfelder in den Einstiegsjahren. Der Trend zur Höherqualifizierung bleibt kräftig, sicher mit weiterhin starken beruflichen Gymnasien. Die jahrelange Tendenz zu ‚Warteschleifen‘ in Berufsvorbereitungsgängen muss gestoppt werden und ein zügiger Einstieg in die duale Ausbildung ist schon aufgrund des Fachkräftemangels geboten. Die weniger stark nachgefragten Berufe brauchen an

den zentralen Schulorten mit Landes- und Bezirksfachklassen auch finanzierbare Unterbringungsmöglichkeiten. Am Ende muss klar sein: Wir stabilisieren und erweitern. Wir investieren und initiieren.“ Das Ziel ist, das Bestehende noch attraktiver zu machen, bei Zusammenfassungen von Ausbildungsgängen Göppingen als Ort der Wahl zu platzieren und neue Ausbildungsgänge an Land zu ziehen.

Noch eine Bemerkung zu der Flut von Papier, die uns jeden Tag in Form von Sitzungsvorlagen und ähnlichem erreicht. Wäre es nicht endlich an der Zeit, diesen ganzen Komplex auf digitale Informationen umzustellen? Es gibt bereits Landkreise, die diesen Schritt erfolgreich hinter sich gebracht haben.



(01) Wir erwarten dazu einen Bericht und gfs. Realisierungsvorschläge bis zur Sommerpause.

In Ihrer Haushaltsrede, Herr Landrat Wolff, stellen Sie den Sozialhaushalt als den weitaus größten Ausgabenblock im Haushalt des Landkreises dar. Die Anzahl der Sitzungen des Sozialausschusses trägt dieser Bedeutung allerdings in keiner Weise Rechnung: seit dem Sommer 2012 fand keine einzige Sitzung mehr statt.

Sozialausgaben sind kein notwendiges Übel; sie sind unverzichtbare Hilfen für Menschen in Not, für Personen, die der Unterstützung durch unsere Solidargemeinschaft bedürfen. Bereits zum HH 2012 hatten wir angeregt, dass vorab HH-Ansätze im Sozialbereich im Sozialausschuss diskutiert werden sollten. Auch über die Umsetzung der 4 Rahmenpläne sollte fortlaufend informiert werden. Insbesondere die Umsetzung des ambitionierten Integrationsplans ist uns ein großes Anliegen. Für die SPD-Fraktion hat die Umsetzung dieses Plans eine hohe Priorität. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die Stelle der Integrationsbeauftragten auch dementsprechend ausgestattet wird.



(02) Die SPD Fraktion beantragt die Stelle der Integrationsbeauftragten um 0,2 Stellenanteile zu erhöhen.

Aufgrund der Detailuntersuchungen des Kreissozialamts bis Juli 2013 durch IMAKA soll dieser Antrag erst nach der Vorlage deren Ergebnisse behandelt werden.

Die SPD-Fraktion nimmt zwar wahr, dass die Verwaltung kontinuierlich an einer Qualitätsverbesserung der Integrationshilfen arbeitet, stellt aber zugleich fest, dass diese Bemühungen eine gewichtige Fragestellung noch nicht beantwortet haben: wie wollen wir mit dem (wahrscheinlich) zunehmenden Bedarf an Integrationshilfen unter inklusivem Aspekt umgehen und wie soll er finanziert werden? Die derzeitige Praxis, Lösungen "von außen" anzubieten, indem die Hilfe zeitweilig und extern erfolgt, wirkt nur allzu oft stigmatisierend und verfolgt nur bedingt einen inklusiven Ansatz, Hilfe und Lösungen von "innen" im Rahmen des Regelbetriebs anzubieten. Um hier dauerhafte und auch finanzierbare Antworten liefern zu können, ist ein grundlegendes Umdenken notwendig. Wir benötigen Lösungen, die Stigmatisierung und Aussonderung verhindern und zugleich Inklusion fördern und auch auf Dauer finanzierbar bleiben: Lösungen, die aus der "Mitte des Geschehens" erfolgen und eine Antwort auf den möglicherweise steigenden Bedarf geben können und Lösungen, die die Kompetenzen der Kindertageseinrichtungen erhöhen, um selbstwirksam zu sein.


In Verbindung mit dem massiven Kindertageseinrichtungsausbau, insbesondere für die Betreuung der unter Dreijährigen sieht die SPD – Fraktion die Chance, dass an verschiedenen Standorten, gemeinsam mit kommunalen, kirchlichen oder privaten Trägern Modellprojekte angestoßen werden können, die möglicherweise eine Antwort auf die zuvor gestellte Fragen liefern.



(03) Wir beantragen, dass die Verwaltung gemeinsam mit Trägern von Kindertageseinrichtungen beispielhaft an drei Standorten ein Konzept erarbeitet, das als zentrales Element die Anstellung einer HeilpädagogIn (anstelle einer ErzieherIn) in den jeweiligen Einrichtungen beinhaltet. Der Stellenumfang in der jeweiligen Einrichtung sollte um mindestens 0,2 Stellenanteile erhöht werden. Die zusätzlichen Kapazitäten müssen der HeilpädagogIn zugeteilt werden, die diese zur inklusiven Förderung der betroffenen Kinder und zur Beratung der ErzieherInnen nutzt. Der Personalkostenunterschied infolge der

Stellenumfangerhöhung und der i.d.R. Höhergruppierung werden durch Umschichtung von finanziellen Mitteln bei den Integrationshilfen finanziert. Das Projekt sollte wissenschaftlich begleitet und nach einer Laufzeit von 2 Jahren ausgewertet werden.


Die SPD-Fraktion bewertet die Offenen Jugendarbeit als gewichtigen und gleichwertigen Baustein im Rahmen der verschiedenen Jugendhilfeangebote, auf die grundsätzlich nicht verzichtet werden kann. Um den Städten und Gemeinden hier etablierte Angebote zu sichern bzw. den Zugang zu erleichtern, sollte die finanzielle Förderung der Offenen Jugendarbeit durch den Landkreis deckungsgleich zur Schulsozialarbeit gehandhabt werden. Dies würde zu einer Entlastung der Kommunen und gfs. der verschiedenen kommunalen, freien und privaten Träger der Offenen Jugendarbeit führen. Infolge der Tatsache, dass die Kommunen und andere Kostenträger weiterhin 2/3 der Bruttoperpersonalkosten und 100% der Sach- und Gemeinkosten zu tragen haben, ist davon auszugehen, dass der Kostenanstieg für den Landkreis überschaubar bleiben wird.


 **(04) Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, dass die Finanzierung der Offenen Jugendarbeit deckungsgleich zur Schulsozialarbeit erfolgen soll und somit ein Drittel der förderfähigen Bruttoperpersonalkosten für die jeweilige Offene Jugendarbeit durch den Landkreis getragen wird.**

 **(05) Ebenso beantragen wir einen Bericht darüber, wie die Besserstellung der Tagesmütter in der Finanzierung durch das Land im Landkreis Göppingen umgesetzt wird.**

 **(06) Zudem erbitten wir einen Bericht, welche weiteren Familientreffs im Landkreis eingerichtet werden sollen.**

Wie erst am Mittwoch dieser Woche in der NWZ zu lesen war, sank die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland bis ins Jahr 2007 auf ein Rekordtief von nur noch 19.000 Flüchtlingen. Die Zahl der Flüchtlinge nimmt seitdem jedoch aufgrund der instabilen politischen und ökonomischen Lage auf dem Balkan (Serbien, Kosovo und Mazedonien) und im nahen bzw. mittleren Osten (Syrien, Irak) wieder etwas zu. Die SPD-Fraktion steht hinter dem im Grundgesetz Art. 16a verankerten Grundrechts auf Asyl für politisch Verfolgte.

 **(07) Die SPD-Fraktion beantragt einen Bericht über die Zahl der derzeit im Landkreis lebenden Flüchtlinge, die Quote/Zahl der Flüchtlinge mit (dauerhaftem) Bleiberecht, die Quote/Zahl der anerkannten Asylanten, alle Unterbringungen des Landkreises, die Situation der Unterbringung und die Beratungen die durch das Landratsamt stattfindet.**

 **(08) Im Rahmen des Teilhabeplans für Menschen mit Behinderungen bitten wir um einen Bericht, wie die Beschulung der Kinder, die im Moment noch die Rohräckerschule für körperbehinderte Kinder in Esslingen besuchen, im Landkreis Göppingen ab dem Jahr 2014 aussehen soll. Der Vertrag mit dem Landkreis Esslingen läuft bis 2014 aus, die Eltern der Kinder in der Rohräckerschule sind bereits informiert, wissen aber nicht in welche Schule ihre Kinder dann wechseln sollen.**

Im Teilhabeplan ist ein Abschnitt dem Thema Übergang Schule - Beruf gewidmet. Dort wird dem Landkreis ein hohes Engagement in verschiedenen Projekten bescheinigt, die aber von Projektfördermitteln abhängig sind bzw. waren. Es wurde vorgeschlagen die vielfältigen Projekte zu bündeln und klare Strukturen zu schaffen.

 **(09) Wir bitten um Informationen im Sozialausschuss ob und in welcher Weise dies geschehen ist.**

Die demographische Entwicklung hat zur Folge, dass die Anzahl der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger auch im Landkreis Göppingen festzustellen ist. Ebenso nimmt die Zahl der hochbetagten Personen zu, damit auch die Anzahl derjenigen, die an Demenz erkranken. Die Initiative "Demenzfreundlicher Landkreis" ist sehr zu begrüßen. Die Angehörigen und Pflegenden müssen die größtmögliche Unterstützung erfahren damit die pflegebedürftigen Menschen so lange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung versorgt werden können. Es werden in Zukunft auch neue Ansätze gedacht werden müssen, nicht mehr nur "ambulant" oder "stationär"; es sollten auch Mischformen mit verschiedenen Modulen, wie zum Beispiel der Tagespflege angeboten werden. Auch das Angebot einer "Nachtpflege" ist ein wichtiges Anliegen und Bedürfnis für pflegende Angehörige.

Der Begriff "Familie und Beruf" darf nicht nur bei der Kinderbetreuung zur Anwendung kommen, sondern auch wenn ein Pflegefall in der Familie auftritt. Die Familien, die Angehörige pflegen, benötigen die größtmögliche Unterstützung um Pflege und Beruf vereinbaren zu können. Der Pflegestützpunkt des Landkreises bietet in der Beratung hervorragende Unterstützung für die Angehörigen. Wir würden uns wünschen, dass der Stellenanteil ein höherer wäre und die Stelle ausgeweitet werden könnte.

Ein wichtiger Schritt um Pflege gut organisieren zu können ist die Einstufung in die richtige Pflegestufe um die entsprechenden Leistungen für eine gute Pflege zu erhalten.

 **(10) Wir bitten eine Vertretung des MDK in den Sozialausschuss einzuladen, um über die Veränderung der Einstufungspraxis im Bereich der Pflegestufen unter Berücksichtigung der Personen, die an Demenz erkrankt sind, informiert zu werden.**

Umwelt und Verkehr

Auf nationaler und erst recht auf internationaler Ebene müssen wir feststellen, dass der Klimaschutzgedanke in vielen Köpfen der Staatenlenker noch immer nicht angekommen ist. Doch auch unsere lokalen Daten sind ernüchternd. Die Stöttener Durchschnittstemperatur kletterte weiter um 1,2 Grad und bestätigt den langjährig zu beobachtenden Anstiegstrend. Dies macht deutlich, dass effizientere Rohstoffnutzung und das naturverträglichere Wirtschaften beschleunigt werden müssen. Dazu gehören u.a. ressourcenschonende Energiesysteme, ein umweltverträglicheres Verkehrssystem, das den Verkehr intelligenter abwickelt und nicht mehr nur auf den vom Verbrennungsmotor getragenen Individualverkehr setzt. Und doch können wir auf lokaler Ebene einen recht beachtlichen Erfolg vorweisen: die beabsichtigte Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzepts mit dem Ziel, den Landkreis bis zum Jahr 2050 zum "energieautarken Landkreis" umzugestalten. Wir erwarten, dass es dabei nicht beim für den 18.02. geplanten Workshop bleibt, sondern dass daraus der Impuls für einen Umgestaltungsprozess hervorgeht, an dem sich alle gesellschaftspolitisch relevanten Gruppen beteiligen und einbringen können. Die bereits zugesagte Unterstützung durch das Albwerk GmbH & Co. KG, die Energieversorgung Filstal GmbH & Co. KG, EnBW Regional AG und die Kreissparkasse Göppingen sind hierfür ein Hoffnung machendes Zeichen. Weitere Unterstützer sollten ganz bewusst eingeladen werden, sich ebenfalls an diesem Projekt zu beteiligen. Wenn es uns gelingt, unser "Integriertes Klimaschutzkonzept" zeitnah mit einer plausiblen Systematik auszustatten, weitere Akteure wie Handel, Gewerbe, Schulen u. Hochschulen mit einzubinden und die Öffentlichkeit umfassend am Prozess zu beteiligen ist das Erreichen des ehrgeizigen Ziels bis 2050 nicht unrealistisch.

Schon lange, allerdings noch ohne wahrnehmbaren Erfolg, mahnen wir auch ein regionales Flächenmanagement an, das die nach wie vor bestehende Kirchturmspolitik durchbricht, die u.a. zur Folge hatte, dass wir in Baden Württemberg seit Ende des Zweiten Weltkrieges so viel an Naturfläche verbraucht haben, wie alle unsere Vorfahren zusammen.

Unser gemeinsames umweltpolitisches Ziel, den Stauferkreis zum klimafreundlichsten in der Region zu entwickeln und seine einzigartige Kulturlandschaft mit ihren Naturschätzen konsequent zu erhalten sollte uns bei allen politischen Entscheidungen leiten. Der von uns beantragte Landschaftserhaltungsverband (LEV), der hoffentlich noch in diesem Jahr aus seinen Startlöchern kommen wird, könnte hierfür vielfältige Perspektiven aufzeigen.



(11) Wir beantragen die Festlegung verbindlicher Planungsziele, klar gestaffelter Zeitvorgaben und die Entwicklung bzw. Einleitung von Klimaschutzmaßnahmen in der Zuständigkeit des Landkreises noch vor der Sommerpause 2013.

Der Sinneswandel von vielen Bürgern hin zu einer lokalen Energiewende, (zu erwartende 400.000 € Steuerermehreinnahmen sollten dabei in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden), ist ein Signal an uns alle, die alternativen Energien unverkrampft und befreit von der Parteibrille zu bewerten. Das neue Landesplanungsgesetz unterstützt den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und nimmt die Kommunen durch erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten mit ins Boot. Wir begrüßen, dass die Landesregierung beim Ausbau der Windenergie großen Wert auf die Beteiligung lokaler Initiativen legt. Skepsis und Vorbehalte lassen sich sehr viel leichter abbauen, wenn die Bürgerinnen u. Bürger vor Ort direkt und unmittelbar in das Projekt mit einbezogen werden.



(12) Wir bitten bei Stellungnahmen des Landratsamtes als Träger öffentlicher Belange um direkte und umfassende Information beim Planungsprozess von Windkraftanlagen.



(13) Wir beantragen eine Vor-Ort Information "Standort Stötten"

- mit einem Bericht zum Windpark und seiner Erweiterung;
- zum Planungsstand "Informationszentrum–Klimaschutz/alternative Energien";
- ein Besteigungs-Event "Windrad" für interessierte (und schwindelfreie) UVA-Mitglieder;
- einen Meinungsaustausch zum Thema Energiewende (Sachstand - Problemfelder – Perspektiven) mit einem regionalen Energieversorger / AEW

Naturschutz und Landschaftspflege

Mit der Gründung eines Landschaftserhaltungsverbandes (LEV) ist die Ausweitung der praktischen Naturschutzarbeit im Landkreis zu erwarten. Bei der Erhaltung und Entwicklung der Kulturlandschaft, beim Aufbau eines regionalen Natur- u. Landschaftsmanagements können jetzt durch die Vernetzung der Akteure aus der Landwirtschaft, dem Naturschutz und den Kommunen positive Effekte in vielfacher Weise erreicht werden: u.a. mehr Fördermittel, zusätzliche Einnahmequellen für Landwirte, Impulse für Tourismus u. Fremdenverkehr. Die SPD-Fraktion fordert die verantwortlichen Entscheidungsträger auf, die notwendigen Schritte einzuleiten, damit die Gründung eines LEV ohne größere Zeitverluste möglichst bald im laufenden Jahr vollzogen werden kann.



(14) Wir fordern dazu einen Geschäftsbericht 2011 der Fachberatung "Öffentliches Grün/Landschaftsbau".

Abfallwirtschaft

Die SPD- Fraktion fordert seit vielen Jahren ein modernisiertes u. zukunftsweisendes "Ökologisches Müllkonzept", das den Anforderungen des Landesabfallgesetzes und des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes entspricht: bessere Ressourceneffizienz, Stärkung der Müllvermeidung und Müllverwertung.

Wir stehen deshalb zu der von der Verwaltung jetzt eingeleiteten Fortschreibung der Umsetzung des Abfallwirtschaftsgesetzes und dem vorgeschlagenen Bewertungsprozess. Unser Ziel ist eine gesetzeskonforme, am Klima- u. Ressourcenschutz ausgerichtete und für den Gebührenzahler sozialverträgliche Abfallwirtschaftssatzung. Nachhaltige Abfallwirtschaft als auch unterschiedlichste Bedürfnisse der BürgerInnen unter einen Hut zu bekommen wird bei diesem komplexen Sachverhalt nicht einfach sein.

Wir beantragen auch

 **(15) einen Bericht aus erster Hand zum Verkauf der EEW-Gruppe an den schwedischen Finanzinvestor EQT , Vorstellung der neuen Geschäftsführung und eine öffentliche Bewertung zur Vertragskonformität.**


Verkehrsinfrastruktur

Wo die Verkehrsplaner einen flächendeckenden integralen Taktfahrplan bereitstellen, überschaubare u. sozialverträgliche Tarifsysteme anbieten und in attraktive Verkehrsknotenpunkte investieren, erhält das ebenso alte wie falsche ADAC-Motto " Freie Fahrt für freie Bürger" offensichtlich eine neue Qualität . Die große Chance für unseren Landkreis sieht die SPD-Fraktion schon längst in einer **S-Bahnanbindung** ins Filstal und in der **Integration in den VVS**. Wir kennen den engen Zusammenhang zwischen Standortvorteil, wirtschaftlicher Dynamik und erlebter attraktiver Angebote für alle Verkehrsträger. Alle anderen Landkreise in der Region gehören dem VVS an, alle Kreisstädte der Region verfügen über einen S-Bahnanschluss. Sie profitieren seit Jahren von einer weit höheren Steuerkraftsumme und einer ausgeglichenen Bevölkerungsentwicklung. Die angestoßene Entwicklung muss deshalb konsequent weiter verfolgt werden.

 **(16) Die Landkreisverwaltung wird beauftragt eine S-Bahnführung bzw. ein S-Bahn ähnliches System bis Süßen mit einer Ausbauoption bis Geislingen weiter zu verfolgen. Dabei sind neben der betrieblichen Machbarkeit der Varianten die jeweiligen Kosten gegenüber zu stellen. Nach Festlegung einer daraus resultierenden "Vorzugsvariante" untersucht DB-Netz auf der Grundlage des Verkehrsangebots 2016 die Möglichkeiten für einen abgestimmten S-Bahn-Vorlaufbetrieb.**

Mit der beschlossenen tariflichen Teilintegration in den Verkehrs- u. Tarifverbund Stuttgart und der Vernetzung in den DING-Verkehrsverbund sind wir jetzt auf einem guten Weg Richtung attraktiver ÖPNV. Das bedeutet aber auch, dass wir neue Zielgruppen für den ÖPNV gewinnen müssen. Auch die Einführung des StudiTickets war längst überfällig.

Die kategorische Ablehnung unseres Antrags " **Sozialticket im Öffentlichen Personennahverkehr** " macht uns betroffen. Die Argumentation der Verwaltung ist in ihrer Kostenschätzung nicht nachvollziehbar. Es werden ja keine zusätzlichen Fahrten nötig, die Busse wären nur besser ausgelastet. Die Fahrgastzahlen steigen und der Zuschussbedarf hält sich durch den Mehrverkauf in Grenzen. Wo also sollen diese Kosten herrühren!? Der monatliche Sozialhilfe-Regelsatz für Verkehrsdienstleistungen beträgt 18,11 Euro. Dies entspricht z.B. 2 Tagesfahrten von Aichelberg nach Göppingen und zurück. Es gibt vergünstigte Monatskarten für Schüler, Studenten, Senioren und Firmentickets. Warum auch nicht auch für diejenigen, die am wenigsten haben? Für 13 000 Anspruchsberechtigte in unserem Landkreis, die über die wenigsten Geldmittel verfügen? Das Erschütternde in einem Land wie dem unserem ist, dass die Zahl derer, die nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, weil ihnen das Geld fehlt, wächst. Und es kann jeden treffen . Die SPD-Fraktion wird von weiteren Überlegungen zur Einführung eines Sozialtickets im Öffentlichen Nahverkehr keinen Abstand nehmen.

 **(17) Wir beantragen eine Befragung der anspruchsberechtigten Zielgruppen "Sozialticket im Öffentlichen Nahverkehr - Monatsticket für 20 €" , das für den gesamten Filstal-Verkehrsverbund gilt. Wir schlagen vor, dass die Verwaltung bzw. der Filstal-Verkehrsverbund mit Fach-/Hoch-schulen Kontakt aufnimmt und abfragt, ob die Thematik im Rahmen einer Studien-, Seminar- oder Diplomarbeit bearbeitet werden kann.**

Schülerbeförderung

Der öffentliche Nahverkehr, der sich durch annähernd 50% Elternanteile bei der Schülerbeförderung finanziert, wird im Gutachten "Zur Entwicklung unseres Landkreises" als Schwachstelle mit großem Handlungsbedarf bewertet. Die Belastung für kinderreiche Familien steigt allein dieses Jahr um ca. 5 %. Hier wird das Schulgeld schleichend durch die Hintertür wieder eingeführt. Der Landkreis als gesetzlich zuständiger Aufgabenträger des ÖPNV und das Land müssen sich bei dieser Pflichtaufgabe in weit höherem Maße engagieren als bisher. Die im § 6 unserer Schülerbeförderungssatzung festgelegten Eigenanteile widersprechen der allseits gepriesenen Bildungsoffensive und der noch von der alten Landesregierung lautstark initiierten Kampagne "Kinderfreundliches Baden-Württemberg".



(18) Die SPD-Fraktion beantragt die Einführung eines für alle Schüler gleichen Eigenanteils für alle Schularten in der "Schulpflichtphase" und einen Anteil von 90% für die Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe II . Die Verwaltung wird beauftragt, dieses Eigenanteilsmodell mit der einheitlichen Bemessung der Elternanteile (etwa 50%) für alle Schularten in der Pflichtschulphase zu prüfen und zur Beschlussfassung vorzulegen. Die geänderte Festlegung wird für das kommende Schuljahr 2013/14 rechtsgültig.

Nahverkehrsplan

Der Nahverkehrsplan 1999 trägt seit langem den veränderten Rahmenbedingungen nicht mehr Rechnung. Einen vertakteten Nahverkehr, wenn er kundenfreundlich und attraktiv sein soll, bekommen wir nicht zum Nulltarif. Unterm Strich werden sich die Investitionen mehrfach auszahlen, davon sind wir überzeugt. Ein attraktives, modernes ÖPNV-Angebot wird bei der Standortfrage zunehmend ins Zentrum rücken.



(19) Wir fordern einen Nahverkehrsplan als Gesamtverkehrskonzept mit klaren Wirkungszielen in den Bereichen der Umwelt , Siedlung und Landschaft, Verkehrsqualität, Sicherheit und Grundversorgung.

Das von der Verwaltung vorgeschlagene **Linienbündelungskonzept** unterstützen wir vorbehaltlos. Sind die Unternehmer zur verstärkten Kooperation mit dem Aufgabenträger und untereinander bereit, können wir gemeinsam aus der eigenen Substanz heraus die öffentlichen Mobilitätsangebote verbessern. Dies ist der beste Weg, um die Ängste vor mehr Wettbewerb auszuräumen.

DB - Neubaustrecke Stuttgart - Ulm



(20) Wir beantragen , regelmäßig im UVA u.a. über Baufortschritt, Einhaltung der veranschlagten Bauzeiten und Kostenentwicklung zeitnah zu berichten.

Straßenverkehr

Das von der alten Landesregierung vehement ins Spiel gebrachte Lösungskonzept für den A8 – Alaufstieg durch einen privaten Investor landete buchstäblich auf der Standspur. Das Abtauchen der beiden Bundestagsabgeordneten Riegert und Simmling in dieser gerade auch für unseren Landkreis so existentiell wichtigen Verkehrsfrage, halten wir für einen Skandal. Die beiden Herren scheinen Teil einer seit Jahren praktizierten Verkehrspolitik zu sein, die gekennzeichnet ist von Konzeptionslosigkeit und einer patronatenhaften Spatenstichpolitik. Die grünrote Landesregierung hat endlich die hinausgeschobene Priorisierung von bedeutsamen Straßenprojekten vorgenommen. Das war bei dem aufgelaufenen Planungsstau kein Honigschlecken . Wir danken unseren Vertretern der Regierungsfractionen, dass es ihnen bei dem transparenten Bewertungsverfahren gelungen ist, die **B466-Umgehung Süßen** u. die **B10-Umgehung Gingen Ost** weit vorne mit einzuordnen. Das Nachtreten der beiden CDU-Landtagsabgeordneten versteht niemand mehr. Gerade diese Spielchen haben doch dazu geführt, dass die angeführten Baumaßnahmen über Jahrzehnte immer wieder hinausgeschoben wurden. Die Ortsumgehung Süßen wird gebaut , sogar ein Jahr früher als geplant,

aber die weitere Finanzierung steht auf wackligen Beinen. Ein solches Berliner "Vorwahlfeuerchen" spiegelt den von dort zu verantwortenden Dilettantismus beim Fernstraßenbau wieder.

Nach wie vor bestehen hohe Belastungen bei den Querungen zwischen Rems- u. Filstal. Die Bewältigung dieses Problemkomplexes ist originäre Aufgabe der übergeordneten Planungsbehörde. Die Bürger in diesen übermäßig verkehrsbelasteten Gebieten erwarten zu Recht ein verkehrsrechtliches u. - planerisches Überdenken dieser sich zuspitzenden Situation.



(21) Wir bitten um eine Bewertung der im Rahmen der Fortschreibung des Regionalverkehrsplanes anvisierten Gesamtstrategie für den Schwerlastverkehr in diesem Verkehrsraum.

Vor dem Hintergrund der Verkehrsbelastung auf der B297 gibt es eine gemeinsame Initiative der Gemeinden Rechberghausen u. Wäschenbeuren zum Ausbau der Verbindungsstraße zwischen Bartenbach und Birenbach u.a als Kreisstraße.



(22) Wir beantragen einen Sachstandsbericht und Bewertung

Landesstraßen

Ein noch von der alten Landesregierung zu verantwortender enormer Sanierungsstau stellt auf besonders desolaten Abschnitten die gesetzliche Pflichtaufgabe zur Verkehrssicherung in Frage.



(23) Wir beantragen erneut, dass die Verwaltung gemeinsam mit unseren Landtagsabgeordneten die Beseitigung der erheblichen Mängel in den Verkehrsräumen Geislingen u. Wiesensteig anmahnt und dass diese Abschnitte, u.a. die Waldhausener Steige, eine entsprechende Dringlichkeit im Sanierungsprogramm des Landes zugewiesen bekommen .

Kreisstraßen

Dem wachsenden Instandsetzungsbedarf bei den Kreisstraßen, der inzwischen auf über 27 Mio Euro angeschwollen ist, kommen wir seit Jahren nicht mehr nach. Wir begrüßen die Fortschreibung des mittelfristigen Kreisstraßenprogrammes und die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Finanzmittel. Es scheint, dass jetzt endlich ein verlässliches für alle nachvollziehbares Investitionsprogramm , ohne weitere Verschnaufpausen, ernsthaft angegangen wird.

Radwegenetz

Es ist erfreulich zu beobachten wie unser Landkreis aus seinem selbstverschuldeten Verkehrsschatten beim umweltfreundlichen Radverkehr mutig mit professioneller Begleitung herausfährt. Das hat bereits Vorbildfunktion weit über unsere Kreisgrenzen hinaus. Man schaut interessiert auf uns – siehe Radaktionstag. Jetzt müssen die zahlreich angestoßenen Initiativen in konkreten Projekten mit den Gemeinden systematisch weiterentwickelt werden. Die Reaktionen vor Ort zeigen offensichtlich , dass die neu eingerichtete Koordinierungsstelle "Radverkehr im Landkreis" gut unterwegs ist.

Kliniken und Gesundheit

Wegen der aktuellen Entwicklungen konnte dazu erst in einer heute stattgefundenen Fraktionssitzung unsere Stellungnahme erarbeitet werden. Sie wird mündlich vorgetragen.

Wir bedanken uns bei allen Beschäftigten im Landratsamt und in den Einrichtungen des Landkreises für die auch im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Insbesondere gilt mein Dank Herrn LR Wolf und Herrn KK Stolz. Ihnen, meine KollegInnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine faire und sachliche Beratung in den Ausschüssen.